

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Autorenverzeichnis	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII
Einführung: Brennpunkte des IT-Rechts. Eine Übersicht über die in diesem Werk behandelten Themen – und zugleich eine Einladung in eine interessante Querschnittsmaterie	1
Teil 1. Gestaltung von IT-Verträgen	13
Teil 2. Das Recht des elektronischen Geschäftsverkehrs	123
Teil 3. Grundzüge des Immaterialgüterrechts im Bereich der Informationstechnologie	365
Teil 4. Cloud Computing	453
Teil 5. Datenschutzrecht	511
Teil 6. Internationale Bezüge des IT-Rechts einschließlich Internationales Privatrecht	605
Teil 7. Telekommunikationsrecht	703
Teil 8. Internet und E-Mail-Nutzung am Arbeitsplatz	843
Teil 9. Die öffentliche Vergabe von Leistungen der Informationstechnologie	885
Teil 10. Besonderheiten des Straf- und Strafprozessrechts	965
Glossar	1085
Stichwortverzeichnis	1105

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 3. Auflage	V
Inhaltsübersicht	VII
Autorenverzeichnis	XXXI
Abkürzungsverzeichnis	XXXIII

Einführung Brennpunkte des IT-Rechts. Eine Übersicht über die in diesem Werk behandelten Themen – und zugleich Einladung in eine interessante Querschnittsmaterie	1
---	---

Teil 1. IT-Vertragsgestaltung

A. Grundlagen der IT-Vertragsgestaltung	17
I. Definitionen	17
1. Hardware und Software	17
2. Die Abgrenzung von Computerprogrammen	19
II. Besondere Erscheinungsformen von Software	21
1. Shareware und Evaluierungsversion	21
2. Public Domain Software	21
3. Freeware	21
4. Open Source	21
5. Application Service Providing („ASP“) und Software as a Service („SaaS“)	22
6. Cloud Computing	23
III. Service Level Agreements	24
B. Vertragstypologisierung: Rechtliche Einordnung der IT-Verträge	25
I. Überblick: IT-Verträge als schuldrechtliche Verträge i.S.d. BGB	25
1. Grundsätzliches	26
2. Zusammengesetzte Verträge	26
3. Typengemischte Verträge	27
4. Atypische Verträge	28
II. Vorfrage: Ist Software eine Sache i.S.d. § 90 BGB?	29
III. Schritt 1: Kategorisierung der IT-Verträge	30
1. Abgrenzungsschwierigkeiten bei der „Überlassung“ von Software	30
2. Schematische Übersicht zur Kategorisierung von IT-Verträgen	32
IV. Schritt 2: Rechtliche Einordnung	33
1. Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware	33
2. Dauerhafte Überlassung von Individualsoftware	34
3. Softwareerstellungsverträge unter Einsatz von agilen Programmierungsmethoden	39
4. Implementierung und Anpassung von Standardsoftware	42
5. Befristete Überlassung von Standard- und Individualsoftware	44
6. Dauerhafte Überlassung von Hardware	46
7. Befristete Überlassung von Hardware	46
8. Software/Hardware Beratung	46
9. Softwarepflege	46

10. Hardware Wartung	47
11. Misch- und Sonderformen	47
12. Schematische Übersicht über IT-Verträge und deren rechtliche Einordnung	49
V. Individualvereinbarung oder AGB	51
1. Abgrenzung und Begriffsbestimmung	51
2. Die Einbeziehung von AGB im IT-Vertragsrecht	52
3. Gestaltungsspielräume und Risiken	55
4. Besonderheiten bei grenzüberschreitenden IT-Verträgen	56
VI. Unterschiedliche Interessenlagen der Parteien bei der Softwareüberlassung	57
1. Hersteller	57
2. Anwender	58
3. Reseller	58
C. Die IT-Vertragsgestaltung	59
I. Dauerhafte Überlassung von Standardsoftware	59
1. Rechte und Pflichten des Verkäufers	59
2. Rechte und Pflichten des Käufers	63
3. Mängelansprüche	63
4. Haftung	70
5. Besonderheiten beim Softwarekauf als Verbrauchsgüterkauf	71
6. Einbindung von Open Source Software	72
7. Einbindung anderer proprietärer Softwarekomponenten	73
8. Weitere Gestaltungsmöglichkeiten in AGB und ihre Grenzen	74
II. Dauerhafte Überlassung von Software ohne Entgelt	79
1. Kostenlose Software als Schenkung	79
2. Rechte und Pflichten des Schenkenden	80
3. Rechte und Pflichten des Beschenkten	80
4. Mängelansprüche	80
5. Haftung	81
6. Gestaltungsmöglichkeiten in AGB	81
7. Insbesondere: Open Source Software	81
III. Dauerhafte Überlassung von Individualsoftware	82
1. Rechte und Pflichten des Herstellers	82
2. Rechte und Pflichten des Bestellers	86
3. Change Requests	89
4. Mängelansprüche	89
5. Grenzen und Gestaltungsmöglichkeiten in AGB	92
6. Quellcodehinterlegungsverträge („Escrow Agreements“)	93
IV. Miete von Software	95
1. Rechte und Pflichten des Vermieters	96
2. Rechte und Pflichten des Mieters	98
3. Mängelansprüche	98
4. Grenzen und Gestaltungsmöglichkeiten in AGB	99
V. Verträge über den Kauf von Hardware	100
VI. Verträge über die Miete von Hardware	101
1. Miete von Hardware	101
2. Besonderheiten bei Hosting-Verträgen	102
VII. Leasing von Soft- & Hardware	102
VIII. IT as a Service und Cloud Computing	103
1. Vertragsgegenstand	103
2. Verwendung von Open Source Software	105
3. Mängelansprüche	106
4. Exit-Management	106

5. Anwendbares Recht	106
6. Datenschutz	107
IX. Softwarepflege und Third Party Maintenance	108
1. Definition des Leistungsinhalts	109
2. Abgrenzung zwischen kostenpflichtiger Softwarepflege und entgeltloser Mängelbeseitigung	109
3. Abschlusszwang und Kündigungsverbot?	110
X. Hardware-Wartung	110
XI. IT-Projekte und Projektmanagement	111
1. Projektphasen	111
2. Projektdokumentation: Lastenheft und Pflichtenheft	112
3. Geheimhaltungsvereinbarungen	114
4. Rechtemanagement	115
5. Exit-Management	115
6. Mitarbeiter	115
7. Besonderheiten bei agilen Programmierungsmethoden	116
XII. IT-Transaktionen	118
1. Arten von Transaktionen: Asset Deal und Share Deal	118
2. Besonderheiten bei der Due Diligence	118
3. Gestaltung des Übernahmevertrages	120
XIII. Bring Your Own Device	121

Teil 2. Das Recht des elektronischen Geschäftsverkehrs

A. Die Grundregeln des elektronischen Geschäftsverkehrs	126
I. Der Begriff und maßgebliche Rechtsnormen des Rechts des elektronischen Geschäftsverkehrs	128
II. Der Vertragsschluss im elektronischen Geschäftsverkehr	128
1. Der Vertragsschluss auf elektronischem Weg	130
2. Die Formvorschriften	140
3. Die Stellvertretung und Missbrauchsfälle	146
4. Probleme des Minderjährigenrechts	149
5. Allgemeine Geschäftsbedingungen	153
6. Problemstellungen der Bezahlung im elektronischen Geschäftsverkehr	158
III. Die für den Internethandel besonders relevanten Bestimmungen des Verbraucher- und Kundenschutzes	160
1. Gesetzgeberische Aktivitäten	160
2. Die Pflichten im Fernabsatz, §§ 312b ff. BGB	162
3. Die Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312g BGB	189
IV. Die Online-Auktion	198
1. Der praktische Ablauf des Handels auf einer Online-Plattform am Beispiel von eBay	200
2. Rechtliche Fragen im Zusammenhang mit Internet-Auktionen	202
V. Weitere relevante Informationspflichten für den Auftritt im Internet	211
1. Informationspflichten nach dem Telemediengesetz	212
2. Die Informationspflichten nach § 55 RStV	216
3. Die Informationspflichten nach dem PAngV	217
4. Die Informationspflichten nach der DL-InfoV	220
5. Die Pflichtangaben in E-Mails und anderer Geschäftskorrespondenz	223
VI. Allgemeine lauterkeitsrechtliche Grundsätze	224
1. Werbebeschränkungen	225
2. Spamming	227
3. Meta-Tags	231
4. Astroturfing	231

VII. Die Problematik rechtsmissbräuchlicher Abmahnungen und ungerechtfertigter Schutzrechtsverwarnungen	232
1. Zum Hintergrund: Die Abmahnung	232
2. Die Rechtsmissbräuchlichkeit einer Abmahnung	238
3. Die Rechtsfolgen missbräuchlicher Abmahnung in Wettbewerbssachen	243
4. Die ungerechtfertigte Schutzrechtsverwarnung	244
5. Die Abwehr überhöhter Aufwendungsersatzansprüche mit Hilfe des § 97a Abs. 2 UrhG, 12 UWG	246
6. Neufassung des § 97a UrhG durch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken	248
B. Die Haftung für Inhalte im Netz	250
I. Überblick	251
1. Der Anwendungsbereich des Telemediengesetzes	251
2. Die Filterfunktion der §§ 7–10 TMG	251
II. Die Haftung der Diensteanbieter	252
1. Die Verantwortlichkeit und Haftung des Content-Providers	253
2. Die Verantwortlichkeit und Haftung des Host-Providers	254
3. Die Haftung des Access-Providers	282
4. Die Haftung des Anschlussinhabers für illegales Filesharing	287
5. Die Haftung des Suchmaschinenbetreibers für Suchergebnisse	294
6. Die Haftung des Websitebetreibers für (Hyper-)Links	296
7. Die Haftung des Merchants für Affiliate Partner	297
8. Die Haftung des Accountinhabers	299
C. Der Handel mit besonderen Waren	299
I. Der Handel mit Lebensmitteln	300
1. Einführung	300
2. Bewerbung und Vertrieb von Lebensmitteln im Internet – relevante Definitionen und Grundprinzipien	303
3. Die Kennzeichnung von Lebensmitteln	316
4. Besondere Lebensmittel (Auswahl)	332
5. Die Bewerbung von Lebensmitteln im Internet	334
6. Rechtsfolgen bei Verstößen	339
II. Der Handel mit Arzneimitteln	345
1. Einleitung	346
2. Was ist ein Arzneimittel?	346
3. Der Auftritt im Internet	347
4. Werbung	347
5. Internetspezifische Werbemaßnahmen	350
6. Social Media/Web 3.0	353
7. Elektronischer Versandhandel von Arzneimitteln	356
8. Ausländische Versender	362
9. Anforderungen an den Internet-Auftritt von Versandapotheken	362

Teil 3. Grundzüge des Immaterialgüterrechts im Bereich der Informationstechnologie

A. Einführung und Besonderheiten	369
B. Schutz von Software	370
I. Softwareentwicklung und Rechtsschutz	371
II. Schutz von Computerprogrammen	372
1. Ausdrucksformen	372
2. Idee und Ausdruck	373

3. Eigene geistige Schöpfung	374
4. Darlegungs- und Beweislast	375
III. Weitere Schutzgegenstände	376
IV. Verwertungsrechte, § 69c UrhG	378
1. Vervielfältigungsrecht, § 69c Nr. 1 UrhG	378
2. Bearbeitungsrecht, § 69c Nr. 2 UrhG	379
3. Verbreitungsrecht, § 69c Nr. 3 UrhG	380
4. Öffentliche Wiedergabe und öffentliche Zugänglichmachung, § 69 c Nr. 4 UrhG	381
V. Schrankenregelungen, § 69d UrhG	383
1. Allgemeines	383
2. Bestimmungsgemäße Benutzung, § 69d Abs. 1 UrhG	383
3. Sicherungskopie, § 69d Abs. 2 UrhG	385
VI. Softwareverträge	386
1. Einräumung von Nutzungsrechten	386
2. OEM-Vertrieb	387
3. Handel mit „Gebrauchtsoftware“	387
4. Wirksamkeit typischer Vertragsklauseln	391
VII. Rechteinhaber	394
1. Urheber und Urhebergemeinschaft	394
2. Arbeitsverhältnis	394
VIII. Besonderheiten bei Open Source Software	394
1. Abgrenzung zu Public Domain und Shareware	394
2. Lizenzmodell bei Open Source Software	395
3. Auflösende Bedingung	396
4. Vertrieb mit proprietärer Software	396
5. Kompatibilität	397
6. Dual Licensing	398
IX. Cloud Computing	398
1. Beschreibung	398
2. Urheberrechtsverletzungen beim Anbieter	398
3. Urheberrechtsverletzungen beim Nutzer	399
X. Weitere Schutzmöglichkeiten für Software	399
1. Patentschutz	400
2. Wettbewerbsrechtlicher Schutz	402
3. Markenrecht	402
4. Geschmacksmusterschutz	403
C. Rechtsschutz von Datenbanken	404
I. Datenbankbegriff	404
II. Urheberrechtlicher Schutz, § 4 Abs. 2 UrhG	405
III. Datenbankherstellerrecht, § 87a UrhG	406
1. Schutzworaussetzungen	406
2. Schutzmfang	408
D. Urheberrechtlicher Schutz bei Webangeboten	415
I. Werk und Werkartenzuordnung	415
1. Schriftwerk, § 2 Abs. 1 Nr. 1 UrhG	416
2. Musikwerk, § 2 Abs. 1 Nr. 2 UrhG	417
3. Lichtbildwerk, § 2 Abs. 1 Nr. 5 UrhG	417
4. Filmähnliches Werk, § 2 Abs. 1 Nr. 6 UrhG	417
5. Darstellung wissenschaftlicher und technischer Art, § 2 Abs. 1 Nr. 7 UrhG	417
6. Werk der bildenden und der angewandten Kunst, § 2 Abs. 1 Nr. 4 UrhG	418

II. Schutzhalt des Urheberrechts	419
1. Verwertungshandlungen im Internet	419
2. Privatkopie	421
3. Störerhaftung	423
4. Zitatrecht	423
5. § 44a UrhG	424
6. Urheberpersönlichkeitsrecht	426
E. Enforcement	427
I. Einführung	427
II. § 101a UrhG	427
III. Auskunftsrecht § 101 UrhG	428
1. Anspruchsinhalt	428
2. Verhältnis zum Datenschutzrecht	429
IV. Schadensersatzansprüche	431
V. Beweislast	431
F. Technische Schutzmaßnahmen, § 95a UrhG	433
I. Technische Schutzmaßnahmen	433
II. Rechtlicher Schutz	433
G. Grundzüge des Kennzeichenrechts und der Domainnamen	436
I. Geschützte Marken und sonstige Kennzeichen	436
II. Voraussetzungen und Verfahren	436
III. Schutzhalt	436
1. Verwertungshandlungen	436
2. Besonderheiten im E-Commerce, insbesondere Suchmaschinenmarketing	437
IV. Gemeinschaftsmarke und IR-Marken	438
V. Internet Domains	439
1. Domain-Name-System	439
2. Schutz von Kennzeicheninhabern	439
3. Schutz für Domains als Kennzeichen	445
4. Gattungsbegriffe als Domain Name	446
5. Inanspruchnahme der DENIC e.G	447
6. Besonderheiten der Rechtsdurchsetzung	448
7. Domain Namen als Vermögensgegenstand	449
8. Online-Schiedsgerichtsbarkeit UDRP	450

Teil 4. Cloud Computing

A. Einleitung	454
I. Definition und Erscheinungsformen	454
II. Vertragsbeziehungen	456
III. Anwendbares Vertragsrecht	456
IV. Anwendbares Deliktsrecht	457
B. Vorteile des Cloud Computing	458
I. Nutzen des Cloud Computing für Unternehmen	459
II. Vorteile des Cloud Computing für Verbraucher	460
III. Positive Effekte für die Volkswirtschaften der EU-Länder	461
C. Risiken des Cloud Computing	461
I. Cloud-Spezifische Sicherheitsrisiken	462
1. Ungenügende Datentrennung	462
2. Mangelnde Vertraulichkeit	462
3. Beeinträchtigung der (Daten-)Integrität	463

4. Gefährdung der Datenverfügbarkeit	463
5. Fehlende Revisionssicherheit	464
II. Datenschutzrisiken in der Cloud	465
1. Internationale Datentransfers	465
2. Zugriffe ausländischer Behörden auf Daten in Europäischen Clouds	467
III. Individuelle Vertragsgestaltung für datenschutzkonformes Cloud Computing	467
1. Mindestbestandteile einer Datenschutzvereinbarung	468
2. Festlegung der Maßnahmen zur Herstellung der Informationssicherheit	469
D. Zertifizierung von Cloud Services	470
I. Zertifizierung von Cloud-Diensten als vertrauensbildende Maßnahme	470
II. Internationale Initiativen zur Erhöhung der Cloud-Sicherheit	471
1. ISO/IEC	471
2. Cloud Security Alliance (CSA)	472
3. FedRAMP	473
4. EU-Kommission	474
5. EuroCloud Deutschland_eco e.V.	473
6. Umsetzung des IT-Grundschutzes für Cloud-Dienste	477
7. Ausblick: Cloud Computing zertifizieren	481
E. Urheberrechtliche Aspekte des Cloud-Computing	482
I. Die Nutzung von Betriebssystem- und Anwendersoftware in der Cloud	482
1. Recht zur Vervielfältigung der Software	483
2. Recht zur Vermietung der Software	484
3. Recht der öffentlichen Zugänglichmachung der Software	484
II. Lizenzmanagement in der Cloud	486
III. Neue Lizenz- und Service-Modelle für das Cloud Computing	487
1. Abonnement statt Kauf	488
2. Dual Use Rights	488
3. On Demand Nutzung	489
4. Anwendung auf mehreren Endgeräten	490
5. Andere Cloud Service Provider	490
F. Cloud Escrow als Werkzeug zur Risikominimierung	490
I. Einführung	490
II. Zum Hintergrund	491
III. Klassisches Escrow und Cloud Escrow	492
IV. Keine Auslagerung von anvertrauten Escrowmaterialien in die Wolke	493
V. Cloud Escrow und Softwarelizenzen	493
VI. Die richtige Vorgehensweise im Cloud Escrow	495
1. Zusammenstellung und Übergabe des Hinterlegungsmaterials	495
2. Die technische Verifizierung	496
3. Rückgewinnung der Anwenderdaten aus der Cloud	497
4. Ausfalltoleranz gegenüber Cloud-Diensten – die Zeitkomponente	498
VII. Zusammenfassung und Ausblick	498
G. Cloud Service Provider in der Insolvenz	499
I. Vor Eintritt des Insolvenzfalls	500
II. Nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens	502
1. Fortführung des Cloud Computing Vertrags	502
2. Aussonderungsrechte des Kunden	503
3. Herausgabeansprüche	506
4. Weitere vertragliche Instrumente	509
III. Schlussfolgerungen und Formulierungsvorschlag	509

Teil 5. Datenschutzrecht

A. Gegenstand des Datenschutzrechts	514
B. Das Volkszählungsurteil und die Dispositionsbefugnis der Betroffenen	514
C. Entwicklung des Datenschutzrechts	515
D. Die EG-Datenschutzrichtlinie 95/46	518
I. Ziel	519
II. Anwendungsbereich	519
III. Arbeitsgruppe nach Art. 29 EG-Datenschutzrichtlinie 95/46	519
IV. Ablösung durch EU-Datenschutz-Grundverordnung	520
E. Das BDSG	521
I. Aufbau	522
II. Anwendbarkeit und Geltungsbereich	523
1. Personenbezogene Daten	523
2. Räumlicher Geltungsbereich	527
III. Datenvermeidung und Datensparsamkeit nach § 3a BDSG	529
IV. Prüfung der datenschutzrechtlichen Zulässigkeit	530
V. Zulässigkeit aufgrund einer Einwilligung	530
1. Allgemeine Anforderungen	530
2. Freie Entscheidung	531
3. Informierte Entscheidung	532
4. Form	532
5. Einwilligung in AGB	534
6. Einwilligung für Adresshandel- und Werbezwecke	535
VI. Zulässigkeit aufgrund einer Rechtsvorschrift	537
1. Erlaubnistratbestände außerhalb des BDSG	537
2. Übersicht über die Erlaubnistratbestände des BDSG	538
3. Vertragsdurchführung, § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BDSG	540
4. Interessenabwägung, § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BDSG	540
5. Allgemein zugängliche Daten, § 28 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 BDSG	542
6. Zweckänderung, § 28 Abs. 2 BDSG	542
7. Adresshandel und Werbung, § 28 Abs. 3 und 4 BDSG	543
8. Besondere personenbezogene Daten, § 28 Abs. 6–9 BDSG	544
9. Datenübermittlung an Auskunfteien, § 28a BDSG	545
10. Scoring, § 28b BDSG	546
11. Datenverwendungen zum Zwecke der Übermittlung, § 29 BDSG	548
12. Markt- und Meinungsforschung, §§ 30 und 30a BDSG	549
VII. Beschäftigtendatenschutz	550
1. Zweck des § 32 BDSG	550
2. Anwendbarkeit	551
3. Rechtsfolgen des § 32 BDSG	551
VIII. Grenzüberschreitender Datenverkehr	552
1. Anwendbares Recht	552
2. Übermittlung personenbezogener Daten ins Ausland	553
3. Ausnahmen	554
IX. Automatisierte Einzelentscheidungen	557
1. Entstehung	557
2. Zweck	557
3. Ausnahmen	559
X. Videoüberwachung öffentlich zugänglicher Räume	559
1. Anwendungsbereich des § 6b BDSG	559
2. Zulässige Zwecke der Videobeobachtung	560
3. Hinweispflicht	561

4. Verarbeitung oder Nutzung von Aufnahmen	561
5. Benachrichtigung und Löschung	561
6. Vorabkontrolle	562
XI. Allgemeine technische und organisatorische Maßnahmen	562
XII. Die acht Gebote der Datensicherheit	563
XIII. Datenverarbeitung im Auftrag	564
XIV. Institut des Beauftragten für den Datenschutz	566
1. Die Pflicht zur Bestellung eines Datenschutzbeauftragten	567
2. Zeitpunkt, Inhalt und Form der Bestellung	568
3. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	569
4. Rechtsverhältnisse zwischen DSB und verantwortlicher Stelle	570
5. Die Abberufung und der Kündigungsschutz	570
6. Die erforderlichen Eigenschaften des Datenschutzbeauftragten (Abs. 2 S. 1)	571
7. Stellung des Datenschutzbeauftragten	573
8. Das Anrufsrecht der Betroffenen	575
9. Aufgaben des DSB	575
10. Haftung des Datenschutzbeauftragten	578
XV. Aufsichtsbehörden für nicht-öffentliche Stellen	579
XVI. Rechte des von der Datenverarbeitung Betroffenen	580
1. Auskunft	580
2. Berichtigung, Löschung, Sperrung	581
XVII. Selbstanzeigepflicht der verantwortlichen Stelle	582
XVIII. Schadensersatz	584
1. Haftung nicht-öffentlicher Stellen, § 7 BDSG	584
2. Haftung öffentlicher Stellen, § 8 BDSG	585
3. Sonstige Anspruchsgrundlagen für Schadensersatz	585
4. Schadensberechnung durch Lizenzanalogie	585
XIX. Sanktionen	586
1. Bußgeldvorschriften, § 43 BDSG	587
2. Strafvorschriften, § 44 BDSG	587
3. Sanktionen außerhalb des BDSG	587
4. Praktische Bedeutung	588
F. TKG	588
I. Anwendungsbereich	589
II. Fernmeldegeheimnis	589
III. Bestandsdaten	589
IV. Verkehrsdaten	590
V. Entgeltermittlung	590
VI. Einzelverbundennachweis	591
VII. Störungsbeseitigung und Missbrauch	591
VIII. Beratung, Werbung, Marktforschung	591
IX. TKÜ bzw. Auskunftserteilung	592
X. Benachrichtigungspflichten	593
XI. Kontrolle und Durchsetzung	593
XII. Sanktionen	593
XIII. Standortdaten	593
XIV. Übermittlung ins Ausland	594
G. Privatnutzung von Internet und E-Mail	595
I. Internet	595
II. E-Mail	596
III. Regelungsmöglichkeiten im Unternehmen	597
H. TMG	597
I. Datenschutzrechtliche Zulässigkeit	598

II. Datenschutzhinweise auf einer Webseite	600
III. Social Media	601
1. Facebook Fanpage	602
2. Social Share Buttons	603
 Teil 6. Internationale Bezüge des IT-Rechts einschließlich Internationales Privatrecht	
 A. Einführung	608
I. Grenzüberschreitende IT-Projekte	608
II. Cloud Computing	609
III. Internationale Vertragsgestaltung	609
IV. Unterschiedliche Inhaltskontrolle	610
V. Unterschiedliches Datenschutzniveau	611
 B. Vergleich der Urheberrechtsregime in Kontinentaleuropa und im angelsächsischen Rechtskreis	612
I. Urheberrecht – Copyright – droit moral	612
II. US-Urheberrecht	613
1. „Works made for hire“	614
2. Übertragbarkeit des Urheberrechts	614
3. Copyright-Vermerk	614
4. Statutory Damages; Costs and Attorney's Fees	614
 C. Internationales Urheberrecht	614
I. Territorialitätsprinzip/Schutzlandprinzip	614
II. Anwendbarkeit des deutschen Urheberrechtsgesetzes	615
III. Internationale Übereinkommen zum Urheberrecht	616
1. TRIPS-Übereinkommen	616
2. Revidierte Berner Übereinkunft	616
3. Welturheberrechtsabkommen	617
4. WIPO-Verträge	618
 D. Europäische Regelungen und nationale Umsetzung	619
I. Verhältnis zwischen europäischem und deutschem Recht	619
1. EU-Recht	619
2. Anwendungsvorrang von EU-Recht	620
II. Europäische Richtlinien und Verordnungen	620
1. Urheberrecht und Datenbankschutz	620
2. Wettbewerbs- und Markenrecht	624
3. E-Commerce und Fernabsatz	625
4. Telekommunikationsrecht	633
5. Datenschutzrecht	636
6. Elektronische Signatur	639
7. Zugangskontrolldienste	640
8. Vertriebs- und Kartellrecht	640
 E. Kollisionsrecht	655
I. Vertragsstatut	655
1. Rom I-Verordnung	655
2. Rechtswahl	656
3. Objektive Anknüpfung	664
4. Anwendbares Recht bei neuen Internet-Anwendungen	665
II. Deliktsstatut	671
1. Rom II-Verordnung	671
2. Anknüpfung an den Handlungs- und Erfolgsort	671

3. Exkurs: Strafrechtliche Haftung	673
4. Marktortanknüpfung	675
5. Herkunftslandprinzip	676
6. Sonderanknüpfung Schutzlandprinzip	676
F. International-rechtliche Aspekte des Cloud Computing	678
I. Darstellung des Cloud Computing	678
II. Vertragsbeziehungen	679
III. Anwendbares Vertragsrecht	679
IV. Anwendbares Deliktsrecht	680
V. Urheberrecht	681
VI. IT-Sicherheit	682
VII. Anforderungen an die Buchhaltung	683
VIII. Abgabenrechtliche Buchführungspflichten	683
IX. Strafrechtlicher Schutz	683
X. Spezielle Anwendungsbereiche von Cloud Computing	684
1. Auslagerung in die Cloud durch Behörden	684
2. Gesundheitswesen und Sozialleistungen	684
3. Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute	684
4. Telekommunikationswesen	685
G. Internationales Zivilprozessrecht	686
I. Allgemeiner Gerichtsstand und Gerichtsstand des Erfüllungsortes	686
II. Gerichtsstandsvereinbarungen	686
1. Kaufmännischer Rechtsverkehr	686
2. Nicht-kaufmännischer Rechtsverkehr	687
III. Besonderer Gerichtsstand der unerlaubten Handlung	688
IV. Internationale Zuständigkeit innerhalb der Europäischen Union	690
1. Gerichtsstandsvereinbarungen nach der EuGVVO	690
2. Verbrauchergerichtsstand nach der EuGVVO	691
3. Gerichtsstand des Erfüllungsortes	693
4. Gerichtsstand bei deliktischen Ansprüchen	694
V. Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen	696
H. Schiedsvereinbarungen	696
I. UN-Übereinkommen	696
II. Gründe für eine Schiedsvereinbarung	697
III. Form der Schiedsvereinbarung	697
IV. Schiedsordnungen	698
I. UN-Kaufrecht (CISG)	698
I. Ausschluss des CISG	699
II. Anwendbarkeit des CISG	699
III. Wesentliche Regelungsbereiche des CISG	701
IV. United Nations Convention on the Use of Electronic Communications in International Contracts	702

Teil 7. Telekommunikationsrecht

Vorbemerkung	708
A. Einführung	709
I. Technik	709
II. Ökonomie	711
III. Verfassungsrechtliche Bezüge	711
IV. Europarechtliche Bezüge	713

V.	Anwendung des TKG durch die BNetzA	718
1.	Aufgaben und Befugnisse der BNetzA	718
2.	Die BNetzA und ihre Organisation	718
3.	Das Beschlusskammerverfahren	719
VI.	Besonderheiten des gerichtlicher Rechtsschutzes nach §§ 137 ff. TKG	720
1.	Besonderheiten nach § 137 TKG	720
2.	Der Schutz von Betrieb- und Geschäftsgeheimnissen in telekommunikationsrechtlichen Streitigkeiten	722
B.	Die Marktregulierung im TKG	724
I.	Das Marktdefinitions- und Marktanalyseverfahren	724
1.	Marktdefinition gemäß § 10 TKG	725
2.	Marktanalyse gemäß § 11 TKG	728
3.	Konsultations- und Konsolidierungsverfahren	729
4.	Marktdefinition und -analyse im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt	732
5.	Regelmäßige Überprüfung der Ergebnisse des Marktregulierungsverfahrens	732
II.	Regulierungsverfügung gemäß § 13 TKG	733
1.	Allgemeines	733
2.	Regional differenzierte Abhilfemaßnahmen in der Regulierungsverfügung?	734
3.	Konsultations- und Konsolidierungsverfahren bei der Auferlegung von Abhilfemaßnahmen in der Regulierungsverfügung	734
4.	Regulierungsbehördliche Eilbefugnis	737
III.	Regulierung neuer Märkte	737
1.	„Regulierungsferien“ nach § 9a TKG unionsrechtswidrig	737
2.	Regulierungsfreistellung künftig durch die BNetzA?	738
IV.	Regulierungskonzepte und Auskunft über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen und Maßnahmen, § 15a TKG	740
1.	Erlass von Verwaltungsvorschriften nach § 15a Abs. 1 bis 3 TKG	741
2.	Auskunftsrecht gemäß § 15a Abs. 4 TKG	742
V.	Rechtsschutz im Verfahren der Marktregulierung	743
1.	Rechtsschutz gegen Festlegungen im Bereich der Marktdefinition und -analyse	743
2.	Rechtsschutz gegen Regulierungsverfügungen	743
3.	Rechtsschutz gegen Verwaltungsvorschriften nach § 15a Abs. 1 und Abs. 2 TKG	744
4.	Rechtsschutz im Zusammenhang mit Auskünften nach § 15a Abs. 4 TKG	745
C.	Zugangsregulierung	745
I.	§ 21 TKG als zentrale marktmachtabhängige Zugangsvorschrift	746
1.	Zugangsverpflichtung nach Abs. 1	746
2.	Konkretisierungen der Zugangsverpflichtung aus Abs. 1	748
3.	Ausschlusstatbestand, Abs. 4	750
4.	Festlegung technischer oder betrieblicher Bedingungen, Abs. 5	751
5.	Rechtsnatur der Zugangsverpflichtung	751
II.	Begleitende marktmachtabhängige Verpflichtungen	751
1.	Diskriminierungsverbot (§ 19 TKG) – Getrennte Buchführung (§ 24 TKG) – Funktionelle Trennung (§ 40 TKG)	752
2.	Transparenzverpflichtung	752
3.	(Standard-)Angebotspflicht nach §§ 22 f. TKG	753
III.	Verpflichtungen gegenüber Unternehmen unabhängig von beträchtlicher Marktmacht	754

IV. Rechtsschutz gegen Zugangsverpflichtungen	755
1. Klagebefugnis	755
2. Anfechtbarkeit von Teilentscheidungen	756
D. Entgeltregulierung	756
I. Zielvorgaben des § 27 TKG für die Entgeltregulierung	758
II. Der Missbrauchsmaßstab des § 28 TKG	759
1. Fallgruppen	759
2. Allgemeine sachliche Rechtfertigung nach § 28 Abs. 1 S. 2 TKG	760
3. Besondere sachliche Rechtfertigung von Entgeldifferenzierungen im Rahmen von Risikobeteiligungsmodellen, § 28 Abs. 1 S. 3 TKG	761
4. Exkurs: Mengenrabatte bei Entgelten für NGA-Zugangsleistungen im Lichte des § 28 TKG	762
III. Anordnungskompetenzen der BNetzA nach § 29 TKG	766
IV. Regulierung der Vorleistungsentgelte	766
1. Grundsätzliche Anforderungen an die Entgeltregulierung für Zugangsleistungen, § 30 Abs. 3 TKG	766
2. Entscheidung über die Art der Entgeltregulierung, § 30 Abs. 1 und 2 TKG	767
3. Ex-ante-Entgeltregulierung, §§ 31–37 TKG	769
4. Ex-post-Regulierung, § 38 TKG	777
V. Regulierung der Endnutzerentgelte, § 39 TKG	777
VI. Rechtsschutz im Entgeltgenehmigungsverfahren	778
1. Klagebefugnis	778
2. Rückwirkung von Entgeltgenehmigungen	778
E. Netznutralität, besondere Missbrauchsaufsicht und allgemeines Kartellrecht	779
I. Netznutralität, § 41a TKG	779
II. Missbrauchsrechtliche Generalklausel und Vorteilsabschöpfung §§ 42 f. TKG	781
1. Missbrauchsrechtliche Generalklausel des § 42 TKG	781
2. Das Instrument der Vorteilsabschöpfung gemäß § 43 TKG	781
III. Kartellrechtliche Anwendungsfelder im Telekommunikationssektor	782
1. Kooperationen beim Glasfaserausbau unter der Lupe des Kartellverbots	782
2. Fusionskontrolle im Telekommunikationssektor	786
3. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung	789
4. Rechtsfolgen	791
F. Vergabe von Frequenzen und Wegerechten	791
I. Frequenzordnung	791
1. Mehrstufiges Verfahren der Frequenzvergabe	792
2. Vergabeverfahren bei Frequenzknappheit	793
3. Frequenzhandel, § 62 TKG	795
4. Sonderproblem – Widerruf, § 63 TKG	795
II. Wegerechte	796
1. Benutzung öffentlicher Verkehrswege, §§ 68 bis 75 TKG	796
2. Duldungspflicht im privaten Bereich, § 76 TKG	797
3. Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen, §§ 77a bis 77e TKG	797
4. Ausblick: Europaweite Harmonisierung der Rahmenbedingungen des Ausbaus von Next-Generation-Networks	800
G. Telekommunikationsdatenschutz und Öffentliche Sicherheit	801
1. Anlehnung an allgemeines Datenschutzrecht	802
1. Verfassungsrechtliche Relevanz	802
2. Rückanbindung an das allgemeine Datenschutzrecht	802
3. Anwendbarkeit des Telekommunikationsdatenschutzes – Abgrenzung der Infrastruktur- von der Content-Ebene	803

II. Besonderes Telekommunikationsdatenschutzrecht	803
1. Anwendungsbereich, § 91 TKG	803
2. Informationspflichten, § 93 TKG	804
3. Zulässige Erhebungs- und Verwendungszwecke	804
III. Besondere Bestimmungen zum Teilnehmerschutz	809
1. Fangschaltung bei Belästigung und Bedrohung, § 101 TKG	809
2. Rufnummernanzeige und -unterdrückung, § 102 TKG	809
3. Automatische Anrufweiterverschaltung, § 103 TKG	809
4. Auskunftserteilung bei Teilnehmerverzeichnissen, § 104 TKG	810
5. Nachrichtenübermittlungssysteme mit Zwischenspeicherung, § 107 TKG	810
IV. Öffentliche Sicherheit	811
1. Öffentliche Notrufverpflichtung, § 108 TKG	811
2. Technische Schutzmaßnahmen, § 109 TKG und Datensicherheit, § 109a TKG	812
3. Telekommunikationsüberwachung, § 110 TKG	813
4. Spezielle Auskunftsverfahren	813
5. Vorratsdatenspeicherung	815
H. Kundenschutz und Nummerierung	816
I. Kundenschutz durch das TKG	816
1. Allgemeines	816
2. Normadressaten	816
3. Systematisierung der Kundenschutzbestimmungen des TKG	817
4. Schlichtungsverfahren bei der BNetzA (§§ 47a, 145 TKG)	835
5. Schadensersatz und Unterlassung	836
II. Nummerierung	836
1. Aufgaben der Nummerierung, § 66 TKG	836
2. Mehrwertdienstbezogener Kundenschutz	837
3. Befugnisse der BNetzA, § 67 TKG	841
 Teil 8. Internet- und E-Mail-Nutzung am Arbeitsplatz	
A. Einführung	846
B. Individualarbeitsrecht	847
I. Dienstliche, dienstlich veranlasste und private Nutzung	847
II. Private Nutzung	848
1. Anspruch auf private Nutzung	848
2. Nachträgliche Untersagung der Privatnutzung	856
III. Datenschutz und Kontrollbefugnisse des Arbeitgebers	857
1. Verhältnis Datenschutz und Schutz des Fernmeldegeheimnisses	857
2. Regierungsentwurf zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes	857
3. Datenschutz und Kontrolle bei ausschließlich dienstlicher Nutzung	858
4. Datenschutz und Kontrolle bei erlaubter privater Internet- und E-Mail-Nutzung	859
5. Rechtsfolgen einer unzulässigen Kontrolle	862
IV. Arbeitsrechtliche Maßnahmen bei Pflichtverstößen	864
1. Abmahnung	864
2. Kündigung	866
3. Einzelfälle	874
C. Kollektives Arbeitsrecht	877
I. Beteiligungsrechte des Betriebsrats	877
1. Einführung von E-Mail und Internet	877
2. Verbot und Gestattung privater Nutzung	878

3. Durchführung der Mitbestimmung und Zuständigkeit	879
4. Durchsetzung der Mitbestimmungsrechte	879
II. Betriebsratsarbeit und Internet	880
1. Grundsätze	880
2. Einzelne Sachmittel	880
Teil 9. Die öffentliche Vergabe von Leistungen der Informationstechnologie	
A. Einführung	890
I. Bedeutung des Vergaberechtes	890
II. Ursprung und Historie	890
III. Rechtsquellen	890
IV. Überblick: Ablauf eines Vergabeverfahrens	892
V. Vergaberechtliche Grundsätze	893
1. Wettbewerbsgrundsatz	893
2. Transparenzgebot	893
3. Gleichbehandlungsgebot, § 97 Abs. 2 GWB	894
4. Nationale Vergabe (Vergaben unterhalb der Schwellenwerte)	894
VI. Das vergaberechtliche Mandat	894
1. Auftraggeber	894
2. Bewerber/Bieter	894
3. Unterlegene Bieter	895
4. Erstplatzierter Bieter	895
5. Allgemeinheit	895
VII. Vergaberecht zwischen Verwaltungsrecht und Zivilrecht	895
B. Ausschreibungspflicht	896
I. Öffentlicher Auftraggeber gemäß § 98 GWB	896
1. § 98 Nr. 1 und Nr. 3 GWB	896
2. § 98 Nr. 2 GWB	897
3. § 98 Nr. 4: Sektorenauftraggeber	899
4. § 98 Nr. 5: Besondere Baumäßignahmen und § 98 Nr. 6. Baukonzessionäre	900
II. Öffentlicher Auftrag im Sinne des § 99 GWB	900
1. Begriff	900
2. Konzessionen	901
3. Inhouse-Vergabe	901
4. Vertragsänderungen	902
5. Vertragsverlängerungen	902
6. Formerfordernisse	903
7. Lieferauftrag	903
8. Bauauftrag	903
9. Dienstleistungsauftrag	903
10. Abgrenzung	903
11. IT-Verträge	904
III. Ausnahmen vom Anwendungsbereich des Vergaberechts	904
IV. Schwellenwerte	904
C. Anzuwendendes Verfahren/Verfahrensarten	905
I. Abgrenzung unterhalb/oberhalb der Schwellenwerte	905
1. Vergaben unterhalb der Schwellenwerte	905
2. Vergaben oberhalb der Schwellenwerte	906
II. Abgrenzung Sektorenbereich/“klassischer Auftraggeber“ im Bereich oberhalb der Schwellenwerte	906

III. Abgrenzung VOB/A, VOL/A und VOF	906
1. Abweichungen der Verdingungsordnungen	906
2. Freiberufliche Leistungen	906
3. Einordnung von Software- Implementierungsdienstungen und Programmierungsleistungen	906
4. Abgrenzung nach dem Schwerpunkt des Vertrages	907
5. Einordnung von Datenverarbeitungssystemen	907
IV. Besonderheit: Vorrangige und nachrangige Dienstleistungen	907
V. Die VOF	908
1. Bedeutung	908
2. Gemischte Leistungen	908
3. Verfahren nach der VOF	908
VI. Die Sektorenverordnung (SektVO)	908
VII. Verfahrensarten	909
D. Offenes Verfahren/Öffentliche Ausschreibung	910
I. Merkmale des Verfahrens	910
II. Voraussetzungen	910
E. Nicht offenes Verfahren/Beschränkte Ausschreibung	910
I. Merkmale des Verfahrens	910
II. Voraussetzungen	911
1. Die Leistung kann nach ihrer Eigenart nur von einem beschränkten Kreis von Unternehmen in geeigneter Weise ausgeführt werden, besonders wenn außergewöhnliche Eignung erforderlich ist	911
2. Unverhältnismäßiger Aufwand eines offenen Verfahrens	911
3. Kein wirtschaftliches Ergebnis eines offenen Verfahrens	911
4. Unzweckmäßigkeit aus anderen Gründen	912
III. Ablauf	912
F. Verhandlungsverfahren/Freihändige Vergabe	913
I. Merkmale des Verfahrens	913
II. Voraussetzungen	913
1. Auszuschließende Angebote im vorangegangenen Verfahren	913
2. Keine vorherige Festlegung des Gesamtpreises	913
3. Keine Festlegung der vertraglichen Spezifikationen möglich	914
4. Verhandlungsverfahren ohne vorherige Bekanntmachung	914
5. Freihändige Vergabe gemäß § 3 Abs. 5 VOL/A	916
III. Ablauf des Verhandlungsverfahrens	917
G. Wettbewerblicher Dialog	918
I. Merkmale des Verfahrens	918
II. Voraussetzungen	918
III. Ablauf des wettbewerblichen Dialogs	919
1. Teilnahmewettbewerb	919
2. Dialogphase	919
3. Angebotsphase	919
4. Kostenerstattung	920
5. Vertraulichkeit	920
H. Elektronische Verfahren	920
I. Dynamisches elektronisches Verfahren	920
1. Begriff des dynamischen elektronischen Verfahrens und Vorgabe in der Richtlinie	920
2. Ablauf eines dynamischen elektronischen Verfahrens	921
3. Besondere Anforderungen an das dynamische elektronische Verfahren, § 5 Abs. 2 VOL/A EG	921
II. Elektronische Auktion	922

I. Rahmenvereinbarungen	922
I. Begriff der Rahmenvereinbarung	922
II. Voraussetzungen der Ausschreibung einer Rahmenvereinbarung	923
III. Losweise Vergabe	923
J. Bekanntmachungs- und Berichtspflichten	924
I. Bedeutung	924
II. Anforderungen an die Bekanntmachung	925
III. Widersprüche zwischen Bekanntmachung und Ausschreibungsunterlagen	925
IV. Berichtspflichten	925
K. Leistungsbeschreibung und übrige Verdingungsunterlagen	926
I. Bedeutung	926
II. Dispositionsfreiheit des Auftraggebers	926
III. Das Gebot der eindeutigen und erschöpfenden Leistungsbeschreibung	926
IV. Funktionale Leistungsbeschreibung/Leistungsverzeichnis	927
V. Verbot der Aufbürdung eines ungewöhnlichen Wagnisses	927
VI. Grundsatz der produktneutralen Ausschreibung	928
VII. Besonderheiten bei der IT-Vergabe	929
VIII. Ausschreibung von Open Source-Software (OSS)	929
L. Vergabeunterlagen	929
I. Anschreiben	930
II. Bewerbungsbedingungen	930
III. Vertragsunterlagen	930
1. Inhalt der Vertragsbedingungen	930
2. EVB-IT	930
M. Fristen	932
I. Bewerbungsfrist	932
II. Angebotsfrist	932
III. Elektronische Vergabe	932
IV. Bindefrist	932
V. Rügefrist	933
N. Wertungskriterien	934
I. Bedeutung	934
II. Anforderungen an Zuschlagskriterien	935
III. Wertungsmatrix nach UfAB V	935
O. Eignungsanforderungen und Eignungsprüfung	936
I. Bedeutung	936
II. Begriffe	937
1. Fachkunde	937
2. Leistungsfähigkeit	937
3. Zuverlässigkeit	937
III. Anforderungen an die Eignungsprüfung	937
IV. Folgen des Fehlens von Unterlagen	938
V. Zeitpunkt für die Beurteilung der Eignung	938
VI. Zurechnung von Leistungsmerkmalen	939
P. Eingang der Angebote/formale Prüfung der Angebote	939
Q. Ausschlussgründe	940
I. Fakultative Ausschlussgründe	940
II. Zwingende Ausschlussgründe	940
1. Fehlen der geforderten oder der nachgeforderten Erklärungen und Nachweise (lit. a)	940
2. Fehlen einer Unterschrift bzw. einer elektronischen Signatur (lit. b)	942
3. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen (lit. c)	942

4. Änderungen oder Ergänzungen an den Verdingungsunterlagen (lit. d)	942
5. Verspätete oder nicht formgerecht eingegangene Angebote (lit. e)	942
6. Wettbewerbsbeschränkende Abreden (lit. f)	942
7. Nicht zugelassene Nebenangebote und Nebenangebote, die die verlangten Mindestanforderungen nicht erfüllen (lit. g)	943
R. Zuschlag und Vorabinformation gemäß § 101 a GWB	943
I. Bedeutung des Zuschlages	943
II. Bedeutung des § 101 a GWB	943
III. Nichtigkeitsgründe, §§ 134, 138 BGB	944
S. Aufhebung der Ausschreibung	945
I. Aufhebungsgründe	945
1. Allgemeines	945
2. Kein den Ausschreibungsbedingungen entsprechendes Angebot (lit. a)	945
3. Wesentliche Änderung der Grundlagen des Vergabeverfahrens (lit. b)	945
4. Kein wirtschaftliches Ergebnis (lit. c)	946
5. Andere schwerwiegende Gründe (lit. d)	946
II. Folgen einer Aufhebung	946
III. Aufhebung der Aufhebung durch die Vergabekammer	946
IV. Aufgabe der Vergabeabsicht	947
V. Beantragung der Aufhebung des Vergabeverfahrens	947
VI. Schadensersatzansprüche	947
T. Bietergemeinschaften	948
I. Begriff der Bietergemeinschaft	948
II. Einsatzmöglichkeiten der Bietergemeinschaft	948
III. Voraussetzungen der Bietergemeinschaft	948
IV. Abgabe von Angeboten	949
V. Rechtschutz	950
VI. Nachträgliche Bildung einer Bietergemeinschaft	950
U. Nebenangebote	950
I. Begriff der Nebenangebote	950
II. Zulässigkeit von Nebenangeboten/Mindestanforderungen	951
1. Bekanntmachung	951
2. Mindestanforderungen	952
III. Gleichwertigkeit	952
IV. Wertung von Nebenangeboten	952
V. Vergabevermerk	953
I. Bedeutung und Inhalt	953
II. Zeitpunkt für die Erstellung des Vergabevermerks	953
III. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen die Dokumentationspflicht	953
W. Projektantenproblematik und Einsatz externer Berater	954
I. Begriff	954
II. Grundsatz der Eigenverantwortlichkeit	954
III. Beteiligung von Projektanten am Wettbewerb	954
X. Rechtschutz	955
I. Einführung	955
II. Das Nachprüfungsverfahren: Primärrechtschutz bei der Vergabekammer	955
1. Zulässigkeit des Nachprüfungsantrages	955
2. Begründetheit des Nachprüfungsantrages	959
3. Entscheidungsmöglichkeiten der Vergabekammer	959
4. Wirkungen des Nachprüfungsantrages	960
5. Beiladung, § 109 GWB	960
6. Akteneinsichtsrecht, § 111 GWB	960

7. Rücknahme des Nachprüfungsantrages	960
8. Kosten eines Nachprüfungsverfahrens	961
III. Sofortige Beschwerde gemäß § 116 GWB als zweite Instanz	961
1. Zulässigkeit der sofortigen Beschwerde	961
2. Begründetheit der sofortigen Beschwerde	961
3. Beiladung	961
4. Zuschlagsverbot	961
IV. Eilverfahren im Vergaberecht	962
1. Antrag nach § 115 Abs. 2 GWB an die Vergabekammer – vorzeitige Gestattung des Zuschlags	962
2. Antrag nach § 115 Abs. 3 GWB an die Vergabekammer – vorläufige Maßnahmen gegen drohende Rechtsverletzungen	962
3. Anträge nach § 115 Abs. 2 S. 2 bis 4 GWB beim Vergabesenat	962
4. Antrag nach § 121 GWB – Vorabentscheidung über den Zuschlag	962
V. Primärrechtschutz unterhalb der Schwellenwerte	962
VI. Sekundärrechtschutz	963
Y. De-Facto-Vergaben/EU-Vertragsverletzungsverfahren	963
I. De-Facto-Vergabe	963
II. EU-Vertragsverletzungsverfahren	963

Teil 10. Besonderheiten des Straf- und Strafprozessrechts

A. Einführung	970
I. Gesetzlichkeitsprinzip	970
II. Normative Tatbestandsmerkmale und Blankettvorschriften	971
1. Abgrenzung	971
2. Gesetzlichkeitsprinzip und Verweisungen	972
3. Änderung der Ausfüllungsnormen	973
4. Irrtumsproblematik	974
III. Computerstrafrecht und Cybercrime	974
IV. Internationales Computerstrafrecht	976
1. Übereinkommen über Computerkriminalität	978
2. Richtlinien des Europarates zur Kooperation bei der Bekämpfung der Internetkriminalität	978
3. EU-Rahmenbeschluss über Angriffe auf Informationssysteme	979
V. Grenzen des (nationalen) Computerstrafrechts	980
B. Anwendbarkeit deutschen Strafrechts im Internet	980
I. Erfolgsort	981
II. Handlungsort	983
C. Klassische Computerdelikte	984
I. Ausspähnen von Daten (§ 202a StGB)	984
1. Rechtsgut und Datenbegriff	985
2. Tatbestand	986
3. Rechtswidrigkeit und Schuld	989
4. Konkurrenzen	989
II. Abfangen von Daten (§ 202b StGB)	989
III. Datenveränderung und Computersabotage (§§ 303a, 303b StGB)	991
1. Datenveränderung	991
2. Computersabotage	994
IV. Vorbereitung des Ausspähens und Auffangens von Daten (§ 202c StGB)	996
1. Allgemeines	996
2. Vorbereitungsstrafbarkeit nach Abs. 1 Nr. 1	997
3. Vorbereitungsstrafbarkeit nach Abs. 1 Nr. 2 insbesondere Hackertools	997

4. Tathandlungen	1002
5. Vorsatz	1003
V. Störung von Telekommunikationsanlagen (§ 317 StGB)	1004
VI. Computerbetrug (§ 263a StGB)	1005
1. Allgemeines	1005
2. Tatbestand	1006
3. Vorbereitung eines Computerbetruges (§ 263a Abs. 3 StGB)	1015
4. Besonderheiten	1015
D. Elektronische Urkundendelikte	1016
I. Fälschung beweiserheblicher Daten (§§ 269, 270 StGB)	1016
II. Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB)	1019
III. Unterdrückung technischer Aufzeichnungen und beweiserheblicher Daten (§ 274 StGB)	1017
E. Nebenstrafrecht	1022
I. Urheberstrafrecht	1022
1. Grundzüge	1022
2. Filesharing	1024
II. Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§§ 17, 18 UWG)	1024
III. Strafbare Verwendung personenbezogener Daten (§ 44 BDSG)	1025
1. Bedeutung	1025
2. Anwendungsbereich	1026
3. Datenbegriff	1027
4. Anforderungen der Verweisungsnorm des § 44 BDSG	1027
5. Anforderungen der Verweisungsobjekte des § 43 Abs. 2 BDSG	1029
F. Erscheinungsformen der Computerkriminalität	1030
I. Phishing und Pharming	1030
II. Ausfiltern von E-Mails (§ 206 StGB)	1032
1. Unternehmen im Sinne des § 206 StGB	1032
2. Tatobjekt und Tatsituation	1033
3. Tathandlung	1034
4. Einverständnis	1034
5. Rechtfertigungsgründe	1035
6. Spam-Mails nach dem Telemediengesetz	1035
7. Fazit	1035
III. Skimming	1036
IV. „Schwarzsurfen“ in unverschlüsselten WLAN-Netzen	1037
V. Entfernen einer SIM-Lock-Sperre bei einem Handy	1041
VI. Strafbare Nutzung von Video-Streaming-Diensten	1044
G. Grundzüge der Strafbarkeit unzulässiger Medieninhalte	1045
I. Verbotsystem der „Drei Körbe“	1045
II. Pornografische Inhalte	1046
1. Verbreitung pornografischer Schriften	1046
2. Gewaltpornografie	1049
3. Tierpornografie	1051
4. Kinderpornografie	1051
5. Jugendpornografie	1055
III. Gewaltdarstellung (§ 131 StGB)	1056
IV. Extremistische Inhalte	1057
1. Volksverhetzung (§ 130 StGB)	1057
2. Verfassungsfeindliche Propaganda	1059
3. Verfassungsfeindliche Kennzeichen	1060
4. Anleiten oder Auffordern zu bestimmten Straftaten	1061
5. Anleitung zur Begehung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat	1062

V. Unerlaubte Veranstaltung eines Glücksspiels und die Beteiligung daran (§§ 284, 285 StGB)	1063
H. Kriminalität in virtuellen Welten	1064
I. Einleitung	1064
II. Urheberrechtsverletzungen	1065
III. Markenrechtsverletzungen	1066
IV. Geldwäsche	1066
1. Placement Stage (Vorwäscherei)	1067
2. Layering (Hauptwäscherei)	1068
3. Integration (Trockengang)	1068
V. Vermögensdelikte und labile Vermögenswerte	1068
1. Vermögensbegriff	1068
2. Virtuelle Gegenstände als labile Vermögenswerte	1069
3. Vorläufige Herrschaftsbeziehung ausreichend	1070
VI. Inhaltsdelikte	1071
I. Grundlagen der Strafverfolgung	1072
I. Durchsuchung und Beschlagnahme von Datenspeichern	1072
II. Online-Durchsuchung	1073
1. Problemaufriß	1073
2. Online-Durchsuchung nach §§ 102, 103 StPO	1075
3. Weitere mögliche Ermächtigungsgrundlagen	1076
4. Ergebnis	1077
III. Überwachung und Eingriffe in den Daten- und E-Mail-Verkehr	1077
IV. Ermittlungen im Ausland	1082
V. Die Ermittlungserzwingung	1083
Glossar	1085
Stichwortverzeichnis	1105